


Wahlen in der Schweiz: The final Countdown

☒ Morgen ist es soweit – in der Schweiz wird ein neues Parlament gewählt. Selten wurde bei den Eidgenossen im Vorfeld einer Parlamentswahl mit so harten Bandagen gekämpft wie dieses mal.

Für besonders viel Diskussionsstoff sorgte das [Plakat](#) zur am 10. Juli 2007 gestarteten Unterschriftensammlung der SVP: 100'000 Unterschriften brauchte es, damit in der Schweiz eine Volksabstimmung über die Initiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer („Ausschaffungsinitiative“) zustande kommt. Die Initiative verlangt, dass Ausländer, welche eine schwere Straftat begangen haben, die Schweiz zwingend verlassen müssen. Die SVP betont, dass Ausländer, die sich an die in der Schweiz geltenden Regeln halten, jedoch sehr wohl im Land willkommen sind. Was man von Seiten der Initianten nicht mehr will sind – gemäß dem [Pressecommuniqué der SVP](#) – ausländische Mörder, Vergewaltiger, Sozialbetrüger und Schlägertypen.

☒ Doch gerade die Kritik am Schafplakat beispielsweise von Seiten des UNO-Rassismusbeauftragten Doudou Diène oder von Bundesrätin Calmy-Rey haben den Initianten nicht geschadet. Das Plakat mit dem schwarzen Schaf wird in die Geschichte der SVP als eines der erfolgreichsten Plakate eingehen. Nur drei Monate hat die SVP für die nötigen Unterschriften gebraucht –

sie hat heute schon doppelt so viele wie nötig. Zudem hat die Partei rund 2'000 neue Mitglieder gewinnen und eine halbe Million Franken zusätzliche Spenden verbuchen können.

Ein Signal für die morgige Wahl? Dass den Gegnern die Argumente fehlen, zeigt zum einen die Tatsache, dass noch nie so viele SVP-Plakate beschädigt worden sind wie in diesem Wahlkampf. Die Orts- und Kantonalparteien sowie das Generalsekretariat mussten Dutzende von Anzeigen gegen Unbekannt einreichen. Zum anderen zeigt sich die Hilflosigkeit der Gegner auch in ihren eigenen Kampagnen, wie im skandalösen [Plakat der SP](#) gegen Atomstrom: Kurz vor dem 11. September wurde darauf ein brennendes Flugzeug gezeigt, das in einen AKW-Kühlturm eines Typs fliegt, der in der Schweiz noch nicht einmal existiert. 

Umso gespannter sind wir auf die Ergebnisse des morgigen Urnengangs, die Sie [hier](#) mitverfolgen können. Sie erhalten auf [wahlen.ch](#) direkte Informationen über die Höhe der Wahlbeteiligung in den jeweiligen Kantonen sowie darüber, welche Partei die besten Resultate erzielt hat, welche Politiker neu in den Ständerat einziehen und wie sich der Nationalrat für die nächsten vier Jahre zusammensetzt.



Schramma zu Moscheegegnern: „Geisteskranke“

✘ Kölns Oberbürgermeister Fritz Schramma (Foto) wollte heute auf einem [Podium in Ehrenfeld](#) mit Bürgern über die geplante Zentralmoschee diskutieren. Dabei vergriff sich der islamophile OB mächtig im Ton und bezeichnete die Moscheebaugegner unter anderem als „Geisteskranke“. [Die Welt](#) berichtet über die Diskussionsveranstaltung – leider wie immer sehr unsachlich und einseitig.

» Email an Fritz Schramma: oberbuergemeister@stadt-koeln.de

(Spürnase: Markus G.)



Inflation nimmt zu – Wohlstand nimmt ab

✘ Wie schon lange nicht mehr sind dieses Jahr die Preise gestiegen. Besonders betroffen wie so oft Energie, aber auch besonders deutlich Güter des täglichen Bedarfs wie Lebensmittel. Steigende Preise bei stagnierenden Löhnen bedeuten Kaufkraftverlust durch Inflation. Diese Entwicklung ist eingebunden in globalwirtschaftliche Zusammenhänge, und wird höchst wahrscheinlich noch lange anhalten.

Neben den Preissteigerungen für Lebensmittel ist der Haushaltsstom in sieben Jahren um 48% teurer geworden. Drastisch verteuert hat sich Benzin und Heizöl, sowie Erdgas. Höhere Nachfrage bedeutet Güterknappheit, was steigende Preise zur Folge hat. Wir im Westen bekommen China und Indien nun nicht nur als Konkurrenten in der Produktion zu spüren, sondern zunehmend auch als „Konsum-Konkurrenz“.

Auszüge aus dem [Handelsblatt](#):

Sie fragen verstärkt Güter nach, die auch wir konsumieren. War vor zehn Jahren Tee noch fast das einzige Getränk der Chinesen, gehört bei den jungen Aufsteigern in den Städten der Café Latte bei Starbucks inzwischen zum guten Ton.

Auch zu Hause greifen die wohlhabenderen Chinesen immer öfter zur Milchtüte. Neun verschiedene Milchsorten in Packungsgrößen zwischen 0,5 und 1,5 Liter stehen im Kühlregal des Century-Supermarktes in der Guangqumen-Straße in der Pekinger Innenstadt. Vor allem die jungen Familien der städtischen Mittelschicht kaufen vermehrt Milch, weil sie von ihrer gesundheitsförderlichen Wirkung für ihren Nachwuchs überzeugt sind. Mit dem Nachfragesog aus Fernost ist der Milchpreis in Europa in die Höhe geschossen. Im August mussten die Bundesbürger 11,5 Prozent mehr für einen Liter zahlen als im Vorjahr.

Der Nachfrageboom nach höherwertigen Lebensmitteln in den Schwellenländern wird nicht so bald abebben: „Die Menschen dort wollen Weizen statt Reis, Rind statt Schwein“, sagt der argentinische Ökonom Roberto Alemann und prognostiziert, dass sich „das Preisniveau für Agrargüter auf einem höheren Niveau einpendeln wird“. Dieses Jahr werden die Preise für Agrarrohstoffe um durchschnittlich 31 Prozent steigen, schätzen die Experten der Investmentbank Goldman Sachs. Die Notierungen für Weizen (plus 56 Prozent) sowie Soja und Mais (jeweils plus 40 Prozent) führen dabei die Hitliste der Teuerung an.

Weiterer Grund für Teuerungen bei Nahrungsmitteln ist die zunehmende Verwendung als Rohstoff für Biosprit. Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach Öl und wird für tendenziell steigende Preise sorgen. Die rasant steigende Kaufkraft in China und Indien schlägt sich in steigenden Preisen für Produkte wieder, die auch wir konsumieren.

Nicht zuletzt aufgrund der demografischen Entwicklung klagen Fabrikmanager im Reich der Mitte nun über zunehmende Engpässe gerade bei jungen Arbeitern. Einer davon ist Zhang Jingming. Umgerechnet 263 Dollar verdient er heute pro Monat in der Dahon-Fahrradfabrik im südchinesischen Shenzhen. Im Februar hatte er erst 197 Dollar in der Lohntüte. Die kräftige Lohnerhöhung erkämpfte er sich mit der Drohung, zu einer anderen Firma zu wechseln, wo er mehr verdient hätte.

„Noch vor drei oder vier Jahren“, sagt Zhong Yi, Vizedirektor einer Lederjackenfabrik im ostchinesischen Hangzhou, „galten 80 bis 100 Euro im Monat als guter Lohn für einen Arbeiter, jetzt sind 150 Euro Minimum.“

Ähnlich hoch sind die Lohnzuwächse bei Chinas Konkurrent Indien. Für gute Ingenieure müssen Unternehmen bereits 75 Prozent des Gehalts eines Ingenieurs in den USA auf den Tisch legen. Qualifizierte Arbeitskräfte werden auch in Indien knapp, ihre Löhne steigen. „Asien“, warnen daher die Ökonomen von UniCredit, „wandelt sich vom Deflations- zum Inflationsexporteur.“

Eine weitere Rahmenbedingung für Inflation ist eine erhöhte Geldmenge die deutlich über den Wertschöpfungsraten liegt. In den 80er Jahren wurden nach der Inflationspolitik der 70er die monetären Zügel straffer gezogen. Die preisdämpfende Wirkung der Globalisierung mit billigen Produktionsstandorten sorgte ebenfalls für niedrigen Preisdruck.

Angesichts der rückläufigen Inflationsraten wurden die Zentralbanken jedoch unvorsichtig. Auf die Asienkrise 1997,

die Beinahe-Pleite des Hedgefonds LTCM 1998 und das Platzen der New-Economy-Blase 2000 reagierten sie mit kräftigen Zinssenkungen. Dadurch gelang es ihnen zwar, eine Rezession zu verhindern. Doch pumpten sie viel zu viel Liquidität in die Wirtschaft. Die Folge waren riesige Spekulationsblasen auf den Immobilien-, Rohstoff- und Aktienmärkten.

Aus Angst vor Deflation brachten die US-Notenbank Fed und die Europäische Zentralbank (EZB) die Leitzinsen 2003 auf historische Tiefstände und pumpten noch mehr Geld in die Weltwirtschaft. „Damit schufen sie die Basis für einen neuen Inflationszyklus“, sagt Thomas Mayer, Euroland-Chefvolkswirt der Deutschen Bank Global Markets. In einer Studie hat er herausgefunden, dass Inflationszyklen in der Regel eine Dauer von 20 bis 25 Jahren haben. Demnach werden auf die beiden zurückliegenden Jahrzehnte mit sinkenden Inflationsraten nun zwei Dekaden mit steigender Geldentwertung folgen.

Umso problematischer ist daher die jüngste Entscheidung von Fed-Chef Ben Bernanke, die Leitzinsen um 50 Basispunkte zu senken. „Die Fed hat die Zinsen gesenkt, während der Dollar sich fast auf einem Allzeit-Tief gegenüber wichtigen Währungen befindet“, moniert Richard Bernstein, Chef-Investmentstrategie bei Merrill Lynch. „Nun steigt die Inflationsgefahr.“

Inflation bietet der Politik die Möglichkeit, das Eingeständnis der Zahlungsunfähigkeit eines Staats zu vermeiden. Schon jetzt beträgt die Staatsverschuldung Deutschlands 1,6 Billionen Euro. Hinzu kommen noch weitaus höhere künftige Forderungen an Pensionen und Renten, deren Finanzierung alles andere als gesichert ist aufgrund der demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung.

Deutsche-Bank-Ökonom Mayer erwartet, dass die Währungshüter das Stabilitätsziel in den nächsten Jahren weiter aus den Augen verlieren werden. Der Grund: In den meisten

Industrielländern werden die Staatsfinanzen wegen der Alterung der Bevölkerung schon bald unter massiven Druck geraten. Weil eine Kürzung der Renten politisch nicht durchzusetzen sei, werde der Druck auf die Zentralbanken zunehmen, die Zahlungsverpflichtungen des Staates gegenüber den Rentnern durch höhere Inflationsraten zu entwerten.

„Keine Notenbank der Welt wird sich dagegen wehren können, durch mehr Inflation einen Kollaps der Staatsfinanzen zu verhindern“, prophezeit Mayer. Die Wirtschaftsgeschichte zeige, dass die Inflation immer dann zunimmt, wenn die Staatsfinanzen unter Druck geraten. „Früher waren es Kriege, in Zukunft wird es die demografische Entwicklung sein, die zum Anwerfen der Notenpresse zwingt.“

Es gibt keine Anzeichen dafür, dass die aktuelle Entwicklung beim Kaufkraftverlust aufgehalten wird oder sich gar umkehrt. Bereits jetzt haben wir inflationsbereinigt nur noch die [Kaufkraft von 1986](#). Obwohl die Belastungen für die Berufstätigen und die Produktivität enorm zugenommen haben. Erhöhte Produktivität war einerseits eine Notwendigkeit um im Wettbewerb zu bestehen. Doch der Staat hat maßgeblich durch Steuererhöhungen als Preistreiber fungiert, Nettolöhne gekappt und zusätzlich durch Verbrauchssteuern die Kaufkraft reduziert. So wurden die Lohnsteuer- und Sozialversicherungsbeiträge in den letzten 20 Jahren um 66% erhöht hat.

Counterjihad-Konferenz in

Brüssel am 18./19.10.



Am 18./19. Oktober haben sich in Brüssel über 70 Organisationen und Einzelpersonen in den Räumen der europäischen und flämischen Parlamentsgebäude getroffen, um ein europäisches Netzwerk von Aktivisten aus 14 Nationen aufzubauen, das sich gegen die zunehmende Islamisierung in den einzelnen Ländern zur Wehr setzen will – siehe [Vigilantfreedom](#).

Es geht darum, eine Koalition von Leuten zusammenzubringen, die in ihren jeweiligen Ländern die Gesetzgebungen daraufhin überprüfen, inwieweit diese die Islamisierung vorantreiben. Sie sollen sich dafür einsetzen, Terrorismus zu verhindern. Sie sollen weiterhin das Einschleichen der Scharia in die Gesetze zum Schutz der eigenen Staatsverfassungen aufhalten und die Islamisierung zurückdrängen.

Unter den Konferenzteilnehmern waren [Bat Ye'or](#), die Autorin von "Eurabia" und "Dhimmitude" sowie [Robert Spencer](#) von „Jihadwatch“, Autor von "[Religion of Peace. Why Christianity is and Islam Isn't](#)" (Religion des Friedens. Warum das Christentum eine ist und der Islam nicht). Zu den weiteren Wortführern gehörten David Littman und Dr. Arie Eldad, Mitglied der israelischen Knesset ([Video](#)). Außerdem sprachen Dr. Patrick Sookhdeo, Direktor des Instituts für Islam- und Christentumstudien ([Audio](#)), [Sam Solomon](#), Direktor der Organisation "Fellowship of Faith" (Kameradschaft des

Glaubens) für Muslime und Autor der Charta zum Verständnis der Muslime, Dr. Marc Cogen, von der Universität Gent, Dr. Andrew Bostom, Autor von „[The Legacy of Islamic Antisemitism](#)“ (Das Vermächtnis des islamischen Antisemitismus) und Laurent Artur du Plessis, Autor eines bald erscheinenden Buches über das Finanzwesen in der Scharia. Viele Beteiligte weltweit nahmen zusätzlich via Webex-Konferenz am ersten Tag der Präsentationen teil.

✘ Armando Manocchio von der italienischen Organisation [“Una Via per Oriana”](#) (Ein Weg für Oriana) hat Bat Ye’or eine Auszeichnung zu Ehren von Oriana Fallaci verliehen, inklusive einem 5,000 Euro-Stipendium für junge Journalisten.

Zusätzliche Antiislamisierungsexperten und -aktivisten aus 14 europäischen Staaten haben Berichte über den gegenwärtigen Stand der Islamisierung und des Dschihadismus in ihren Ländern präsentiert. Zudem stellten sie Bürgerinitiativen zur Bewahrung der verfassungsmäßigen Freiheiten und der nationalen Souveränität vor. Zu diesen Experten gehörten:

Filip Dewinter, Belgien

Lars Hedegaard, Dänemark

Stefan Herre, Deutschland

Ein Vertreter aus Finnland, der nicht öffentlich genannt werden darf

Nidra Poller, Frankreich

Gerard Batten, Großbritannien

Adriana Bolchini Gaigher, Italien

Dr. Johannes J.G. Jansen, Niederlande

Jens Anfindsen, Norwegen

Elizabeth Sabaditsch-Wolff, Österreich

Traian Ungureanu, Rumänien

Ted Ekeroth und Reinhard, Schweden

Dr. Arnaud Dotezac, Schweiz

Matyas Zmo, Tschechien

Unter den weiteren vertretenen Nationen waren Kanada, Israel

und die USA.

Der erste Konferenztag der [„CounterJihad Brüssel 2007“](#) wurde im europäischen Parlamentsgebäude abgehalten, der zweite Tag, an dem sich die Arbeitsgruppen zusammensetzten, fand im flämischen Parlament statt. Ausgewählte Texte, Videos und zusätzliche Dokumente, inklusive Chartas, bestehende Gesetzestexte und Gesetzesentwürfe wie auch Länder- und Themen-Updates sollen in der kommenden Woche auf der [Konferenz-Website](#) CounterJihad Europa veröffentlicht werden.

Über die letzten sechs Monate hinweg haben sich bereits viele Organisationen und Einzelpersonen für das Projekt eingesetzt, unter ihnen David Littman, Bart Debie, Fjordman, Baron Bodissey von [„Gates of Vienna“](#) und Philip Claeys.

[Ayn Rand](#) über ihre Teilnahme an der Brüsseler-Konferenz:

„Ich bin nach Brüssel gekommen, bevor der barbarische Vorhang endgültig fällt und die letzte Erinnerung an menschliche Größe endgültig in einem neuen dunklen Zeitalter verblasst. Der Lauf des menschlichen Fortschritts ist keine gerade verlaufende Linie, sondern ein qualvoller Kampf mit langen Umwegen und Rückschlägen in den Stillstand des Irrationalen.“
(Quelle: [Atlas Shrugs](#))



Gute Laune bei den US-Teilnehmern der Counterjihad-Konferenz (v.l.n.r): [Andrew Bostom](#), Robert Spencer und Pamella Geller ([Atlas Shrugs](#)).

Hier der Germany Report von Stefan Herre:

I want to review the islamization situation in Germany.

First of all, how many Muslims live in Germany? We don't really know. The Federal Government says 3.1 to 3.4 million. This would mean about 4 percent of the total population. Similar estimates have been that until summer 2006 there were some 8 million people of immigrant background in Germany, of

whom about 40% were Muslims. Yet the Government admits that its figure is only an estimate, not based on verified statistics. Some observers, such as the Mideast expert Hans-Peter Raddatz, believe that the number is much higher.

A survey of the federal statistics authority in 2005, published June 2006, nearly doubled the 8 million number, to 15.3 million. The survey did not include religious affiliation. Thus the estimated absolute number of Muslims stayed the same. This implied halving the estimated percentage from 40 percent to 20 percent. This seems unrealistic, as immigration of Muslims never was lower than 40%, and their birthrate surely isn't lower than that of non-Muslim immigrants. Therefore, Raddatz uses the 40 percent to estimate an absolute number of about 6 million Muslims in Germany. Yet even this number, although based on logic, is also unverified. The only thing we definitely know about the number of Muslims in Germany is that we don't know it. Given the federal survey's lack of interest in the number of immigrant Muslims, analysis of the costs of Muslim immigration is very difficult.

How did this happen? In the 1950s the Federal Republic of Germany started to hire foreign workers, the so called Gastarbeiter or guest workers. First they came from Southern European countries such as Italy. From the early 1960s on this recruitment was expanded to Muslim countries, especially Turkey, and also to North African countries. Turkey faced a rapidly growing, poorly educated rural class, whom the Government there wanted to export. The majority of Turkish guest workers immigrated at a time when there was no more labour shortage in Germany. In fact, unemployment slowly increased.

Nevertheless, there is a growing myth circulating that Turks built up post-war Germany, but most Turks only came because Germany's economy was already booming. The myths even imply that Turks brought development and culture to our country;

for example, water toilets. Perhaps there is some classical Islamic mythologizing here, involving disdain for pre-or non-Islamic cultures or their technological achievements, and even to deny their very existence.

As the result of a massive German family reunion program – frequently directed into the German welfare system – a large Turkish community was rapidly established. In contrast to immigrants from Europe, its members withdrew into insular, parallel societies, especially in the big cities.

Additionally, there were refugees from troubled areas. While Turks make up the large majority of Muslims in Germany, substantial groups include Palestinians, often from Lebanon, and Muslims from former Yugoslavia. In summer 2006, the Federal Government announced, that some 3.000 German citizens with a Lebanese background were to be evacuated from Lebanon. The German embassy in Beirut only knew about 1.000 German citizens. Finally we accepted 6.000 refugees from Lebanon. The Government didn't want to be too particular about passport controls for humanitarian reasons. How many of them were Hezbollah members, of course, is unknown. Once again, we find that official estimates about how many Muslims are in our country, to say nothing of important details, cannot be relied upon.

The problems caused by Muslim immigrants in Germany are the same as elsewhere. Perhaps at least in the beginning they might have been milder, as immigrants from Turkey had experience in a secular political system, compared to immigrants from more traditional Islamic countries. On the other hand kemalistic Turks cling to a very distinct nationalism, so that it is frequently difficult to separate nationalist Turkish demands from Islamic ones.

A few months ago the German parliament passed a new immigration law. It was not at all effective, but it least implied that people immigrating on behalf of family reunion

laws – which mostly means young imported wives – have to be at least 18 years old and to know some 200 words of German. Not only Turkish and Islamic organizations in Germany protested and urged the Federal President, not to sign the law, but even Ankara tried to intervene.

In Germany there are currently 159 mosques, identifiable with cupola and minaret, 184 are being built. Additionally, there are some 2.600 less official-looking Muslim prayer houses. Many of them were or are being built by DITIB, a subsidiary organization of the Turkish government authority for religion, Diyanet. Diyanet also sends imams, who most often don't speak German and are replaced on a regular basis. Thus Islamization in Germany is not only a question of an ideology but consists increasingly of an intervention of a foreign State – Turkey – in national sovereignty. During the world soccer championship in 2006, Germany's biggest tabloid, BILD, published photos of young migrants waving a German flag with a Turkish white crescent in its red part. This was not criticized but praised as an example of successful integration. As in other countries, our media praises multiculturalism, whitewashes Islamist excesses, and demonizes critics of Islam as racists or at least blockheads.

Things used to be better. The first generation Muslim immigrants were more integrated than today's third generation. Today, many Muslim children don't speak any German when they start school. Immigrant youth often speak a strikingly rudimentary, grammatically simplified and generally incorrect German language, one that has even caught the attention of linguists. Poorly educated native German youths in Muslim quarters increasingly adopt this language maybe to avoid being seen as outsiders. Speaking such a language of course minimizes their chance for work.

Early in 2006 teachers of the Berlin Rütli school wrote a desperate open letter to the school authority, admitting that they had given up hope to cope with the increasing violence,

especially by Arab youths, of whom even the slightly less violent Turkish youths are afraid, let alone German and other non-Islamic kids. They also complained that the migrants don't show any interest in studying or attending school at all, and that parents just don't care or even insult teachers. Especially female teachers were afraid of their students and didn't enter classroom without a cellphone, in order to be able to call for help. This caused some public debate for a while, yet proposals tended to blame society alone for the problem. The "solution" then was hire Islamic social workers in schools, since infidel social workers would not be respected by Muslim kids. Another "solution" was to improve cooperation with imams.

Meanwhile, the police force in Germany's biggest state, Nordrhein-Westfalen, is proceeding to reserve jobs for Muslims, whom they recruit in mosques. The establishment of exclusive Muslim police units is also debated, for better cooperation between the police and Muslim communities. When we define as an unreasonable demand that Muslims accept infidel police officers, we are starting to separate society into Islamic and non-Islamic enclaves.

But I think these are things that all of you know in your own countries. Therefore, I want to go into a subject which we thought was a German problem only, yet now seems more widespread, if not of equal intensity. This is the tactic of the promoters and defenders of Islamization, to conflate, what we might call, to deliberately mix up, critics of Islam and nazis. You all surely know the accusations such as „racism,“ „fascism, or „nazism“ usually are hurled at people who criticize Islam or even question the Islamization of Europe or the Eurabia concept. This is done by politicians, the media, clerics, academia and ordinary people, as well.

As nazism is our own past, this is perhaps worse in Germany than elsewhere and surely it is more hurtful and intimidating. Sometimes this hysteria to see nazis anywhere –

except where their modern counterparts really are – is just grotesque. But for many people – critics of Islam not excluded – this doesn't come only from outside but from inside as well, as it is rooted in modern Germans: a mixture of guilt, shame and a fear that one might possibly mutate into a nazi without noticing it. This undermines the unity of the critics of Islam, causing us to distance ourselves from other people or groups, sometimes perhaps with good reason, yet probably most often, without.

Prospects, that a political party critical of Islamization and mass immigration of Muslims can be established in Germany or that the big conservative party, Chancellor Merkel's Christian Democrats, could develop in this direction, are poor. This is in part due to our national socialist past and the resulting fear of anything that could be considered xenophobic or nationalist or not sufficiently tolerant. It might as well result from a relatively widespread favorable opinion concerning the European Union. It also is conceivable that German fears of and dislike for any kind of nationalism influences the European Union.

In any case, there are some real neonazis. There is a tiny political party, whose agenda is revisionist and decisively anti-Israeli and anti-American and therefore pro-Ahmedinejad. Yet it is opposed to immigration (not only Muslim) and Mosque-building. The leaders of this party would perhaps like to cooperate with Islamistic organizations, and partly do so, but their ordinary members oppose it. Working with this party is out of the question for any reasonable and decent person. Its numbers and impact are both negligible, but the public is sensitive to its existence. Any of their positions which overlap with others undermines the others to the public.

The "nazi" smears come partly from cynics who seek to silence any critic of their multicultural and pro-Islamic dogma, as well as from some who are sincere about it. Therefore, it

makes sense to speak the truth, especially about the historical connections between nazism and some Islamic authorities, as well as about their ideological similarity and compatibility, especially those concerning the hostility towards Israel and America – or put another way, Jews and devout Christians.

There are some 100.000 Jews living in Germany, most of them immigrants from the former Soviet Union and they are increasingly harassed, especially in public schools. This is horrific, appalling and sad. The harassments originate mainly from Islamic immigrants, but to be honest not only from them. Unfortunately, there is still some original anti-Semitism and anti-Americanism found within the native German population, though most often it is not open aggressive but rather, latent. People really do not want to be nazis, but unfortunately many have strange ideas about what a Nazi is really like. Information about these dark times, as told by leftists, is especially peculiar. It masks the socialist parts, overestimating the conservative parts, and treats anti-Semitism simply as some kind of xenophobia where Jews just were random victims as they were available, and could easily be replaced today by any other group – such as Muslims. Those Muslims who do not deny the Holocaust – and most Turkish Muslims don't – find this an easy-to-accept version of history. I think it is essential to never take for granted that the truth needs continuing affirmation. My co-authors and I on Politically Incorrect do so, regularly.

Many people feel a diffuse aversion towards some aspects of Islam, like the oppression of Muslim women, high crime rates, and dependence on welfare because of deliberate lack of education. There are a few prominent figures who speak out against Islamization, but none of them is a politician. There is former Federal President Roman Herzog, a former constitutional judge, who sharply criticized the antidemocratic European Union, but he was widely ignored.

Most Germans support the European Union as a guarantor of peace in Europe, and perhaps as a way to give up an embarrassing nationality, trading changing German for European. There is hardly any knowledge among Germans about its antidemocratic and Eurabian aspects, so they tend to consider information about it as some odd conspiracy theory. To sum it up, there is only very little resistance against Islamization in Germany.

Therefore, the work that all of you doing to speak the truth is crucial to saving our societies. So, I want to take this opportunity to thank Ms Bat Ye'Or for her precious and great work on the subject. Unfortunately her important book Eurabia is still not available in German. I want to thank all the authors attending the conference for providing us with priceless information and knowledge, which is really helpful to Politically Incorrect and our efforts to inform honestly and to constitute some kind of counterbalance to the biased media.



**Assassinen – Vorgänger
islamischer Terroristen**



Die arabisch-muslimischen [Assassinen](#) waren vor 900 Jahren in Europa so bekannt, dass sie wichtige europäische Sprachen „kulturbereichert“ haben. Das Englische und verschiedene romanische Sprachen haben das Wort für den Meuchelmörder (englisch und französisch „assassin“, spanisch „asesino“, italienisch „assassino“ etc.) direkt aus dem Vorgehen der Assassinen abgeleitet.

Die Assassinen wollten den islamischen Gottesstaat wiederherstellen und setzten als hauptsächliches Kampfmittel den Mord ein. Nach dem Mord unternahmen sie keinen Fluchtversuch und setzten sich der tödlichen Rache von Anhängern der Ermordeten aus. Die Attentäter sahen sich nämlich als islamische Märtyrer (Shahidin), die direkt ins Paradies gelangen, wo sie auch reichliche sexuelle Belohnung erwartete. Die Ähnlichkeit zu den heutigen islamischen Terrorgruppen wie Hamas, Al-Qaida & Co. liegt auf der Hand.

Tatwaffe der Assassinen war der arabisch-traditionelle Krummdolch. Heute fliegen islamische Terroristen Passagierflugzeuge in unsere Wolkenkratzer.

Auch die heutigen Massenmord-Tatwaffen der islamischen Terroristen könnten bald mit effizienterer Technologie ersetzt werden. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat vor einem [terroristischen Anschlag mit Nuklearwaffen](#) gewarnt. „Viele Fachleute sind inzwischen überzeugt, dass es nur noch darum geht, wann solch ein Anschlag kommt, nicht mehr, ob“, sagte Schäuble im Gespräch mit der FAZ. Wird es bald in europäischen Sprachen ein aus dem Arabischen abgeleitetes Wort für Nuklear-Terroranschläge geben (falls es dann noch Europäer gibt ...)?

(Gastbeitrag von Daniel Katz, [Middle-East-Info.org](#))